

## **Friedensbewegung – Wo stehen wir nach den OM? Wie geht es weiter?**

Die Ostermärsche liegen hinter uns. Sie waren mehr oder weniger erfolgreich, in vielen Städten zahlenmäßig auf dem gleichen Stand wie im Vorjahr, in einigen mit Zuwachs. Insgesamt ca. 25.000 Teilnehmende. Gemessen an 84 Millionen Einwohnern ist da noch Luft nach oben...

Aus ca. 120 Städten wurden Ostermärsche gemeldet, davon über 20 Orte in den „Neuen“ Bundesländern. Provokationen konnten von den „Qualitätsmedien“ gegen die Ostermarschbewegung kaum vermeldet werden. Sie berichteten eher inhaltlich zurückhaltend, aber doch quantitativ mehr als in den Vorjahren.

Zentrale Forderungen waren: Waffenstillstand und Verhandlungen im Ukraine- und im Gazakrieg. Die Aufforderung an die deutsche Regierung, ihre Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel zu stoppen, sowie die Unterstützung der Regierung Netanjahus und seines Völkermordes an den Palästinensern einzustellen. Abrüsten. Und überall wurde statt Kriegstüchtigkeit der Gesellschaft Friedensfähigkeit gefordert.

In Berlin und anderen Städten gab es Unterstützung des OM durch palästinensische Gruppen. „Eye for Palestine“ bedankte sich bei der FRIKO: Wir hatten zum ersten Mal keinen Stress mit der Polizei und keine Festnahmen!!!

Berlin hat seine Teilnehmerzahl trotz massiver Anfeindungen im Vorfeld verdoppelt, von 2.500 auf 5.000 Teilnehmenden. Der Tagesspiegel erblödete sich nicht, am Kundgebungstag anstelle einer Ankündigung zu schreiben: „Niemand braucht diesen Ostermarsch. Der Berliner Ostermarsch ist zu einer Farce verkommen“ und bediente sich dabei der gleichen Rhetorik wie die AMAB (Antimilitaristische Aktion Berlin), die schon mehrere Tage im Vorfeld breit mobilisierte, den Berliner Ostermarsch zu boykottieren.

Querelen gab es leider auch in diesem Jahr eher innerhalb der FB: z.B. fand der Ostermarsch Rhein-Ruhr ohne die Hauptstadt Düsseldorf statt, die ihren eigenen dann machen musste, es gab zwei Ostermärsche in München, um Beispiele zu nennen.

Fazit: Die Gesamtteilnehmerzahl ist gestiegen, steht jedoch in keinem Verhältnis zu der hochgefährlichen Zeit, in der wir leben.

Auffällig war das aktive Gegenhalten der Regierenden Scholz, Habeck, Baerbock und auch der CDU mit ihrer Warnung, nicht einseitig zu sein, auch wenn man für Frieden ist. Scholz sagte in seiner wöchentlichen Video-Kompakt-Reihe zum Ostermarsch (mal sehen, wann er das wie Selenskij täglich macht): "Frieden ohne Freiheit heißt Unterdrückung. Frieden ohne Gerechtigkeit gibt es nicht. Deshalb unterstützen wir die Ukraine in ihrem Kampf für einen gerechten Frieden - solange, wie das nötig ist".<sup>1</sup> Kann sich jemand von euch daran erinnern, wann sich zuletzt ein Bundeskanzler, ein Wirtschaftsminister, eine Außenministerin und ein Chef der Opposition zu einem Ostermarsch geäußert haben? Es scheint offensichtlich, dass die Ostermärsche die Politik in diesem Jahr beunruhigt haben, sodass sie sich gezwungen sah, ihr kriegsunterstützendes Tun zu rechtfertigen. Das können wir vielleicht als einen Erfolg der Bewegung verbuchen!

Seit den Ostermärschen hat sich die Lage im Nahen Osten noch einmal zugespitzt.

In einem Offenen Brief von 600 Bundesbeamten Anfang April,<sup>2</sup> indem sie die Regierung auffordern, u.a. Waffenlieferungen an Israel einzustellen, steht: „Der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, konstatierte am 18.03.2024, dass „der Gazastreifen

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/kanzler-kompakt>

<sup>2</sup> <https://diefreiheitsliebe.de/politik/600-bundesbeamte-fordern-von-bundesregierung-waffenlieferungen-an-israel-umgehend-einzustellen/>

vor dem 7. Oktober 2023 das größte Freiluftgefängnis der Welt war, seit dem 7. Oktober 2023 ist es der größte Freiluftfriedhof der Welt.“ Und das sagt Josep Borell!

Mit der Bombardierung der iranischen Botschaft in Damaskus durch Israel und die Antwort des Iran weitet sich der Konflikt aus. Das aber wird am 2. Mai näher behandelt.

Hier in Deutschland wird das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit immer weiter und drastischer eingeschränkt, siehe das Verbot des Palästina-Kongresses am Wochenende in Berlin.

### **Was ist jetzt wichtig?**

Die Spaltung der Friedensbewegung überwinden: D.h. den Spagat schaffen, nicht über jedes „rechtsoffene“ und verschwörungsideologische Stöckchen springen, das hingehalten wird, offen sein für neue Strukturen und Gruppen, dabei aber klare Positionen beziehen gegen Rassisten, Faschisten, Völkische wie AFD, Identitäre, Dritter Weg, und wie sie alle heißen, diese menschenverachtenden Gruppen und: Aufklären, Vernetzen, Zusammengehen. Das ist nichts Neues, aber wichtiger denn je.

Dazu wäre eine gemeinsame Orientierung zielführend, ein gemeinsamer Nenner, eine gemeinsame Kampagne und die sollte, könnte, müsste sein: Abrüsten, abrüsten abrüsten!!!

Waffenlieferungen führen nicht zu Frieden, Freiheit und Demokratie, sondern nur Verhandlungen und miteinander reden!

Wir müssen die Meinungshoheit gewinnen, die herrschenden Narrative brechen, die da sind:

1. Soziales Elend hat nichts mit Krieg und Aufrüstung zu tun
2. Russland ist das Böse, das uns bedroht.
3. Die EU ist ein Friedensprojekt und schützt uns.

Verschiedene Daten, das zu tun, bieten sich an: Gegen das 1. Narrativ am **1. Mai**. Auf die Straße: Denn der Kampf gegen Krieg und Sozialen Krieg gehören zusammen. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen, die an der Gewerkschaftsbasis schon für den Frieden aktiv sind, stärken. Sie haben es nicht leicht und immer noch gegen Führungen zu kämpfen, die Waffenlieferungen an die Ukraine richtig und zielführend finden. Wichtig ist es, die Unterschriftenkampagne der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“<sup>3</sup> zu unterstützen.

Alarmierende Nachrichten bestärken den Zusammenhang zwischen Krieg und sozialem Krieg: Drei Beispiele:

Erstes Beispiel, die soziale Situation. Am 19.3. veröffentlichte die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović den „Länderbericht“ 2023 für Deutschland. Darin sagt sie, dass das hohe Niveau von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes stehen und ist besorgt darüber, dass „soziale Rechte oft nicht als rechtsverbindliche Verpflichtungen angesehen werden, sondern als abhängig von der Verfügbarkeit von Ressourcen“.<sup>4</sup> Sie erkennt, dass das Kindeswohl nicht im Zentrum deutscher Politik steht. Was für ein Armutszeugnis für ein Land, das sich – noch – als Sozialstaat bezeichnet.

Zweites Beispiel: Bildungspolitik: Kinder brauchen ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr, deshalb Jugendoffiziere in alle Schulen in allen Bundesländern, will Stark-Watzinger, die Bildungsministerin. Johannes Heibel, ein Aktivist aus Rheinlandpfalz, der seit Wochen dafür wirbt, weiße Fahnen aus den Fenstern zu hängen in Anlehnung an die Aufforderung von Papst

---

<sup>3</sup> <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

<sup>4</sup> <https://rm.coe.int/country-visit-report-on-germany-dunja-mijatovic-council-of-europe-comm/1680aef23f>

Franziskus, bekam auf sein diesbezügliches Protestschreiben an sie zur Antwort: „Wir dürfen nicht in eine Schockstarre verfallen, denn wir wissen, dass Stillstand in einer sich verändernden Welt immer Rückschritt bedeutet. Daher muss es unser gemeinsames Ziel sein, unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken und uns gut auf Krisen vorzubereiten. Ich halte es daher für wichtig, dass Jugendoffiziere in die Schulen kommen und berichten, was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut. In neun Bundesländern ist das bereits der Fall.“<sup>5</sup> Sie will, dass das in allen Bundesländern zur Pflicht erhoben wird.

Drittes Beispiel: Gesundheitspolitik: Lauterbach will die Kliniken kriegstüchtig machen: „Es braucht auch eine Zeitenwende für das Gesundheitswesen. Zumal Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte.“, sagt er. „Man war Ende der 80er Jahre der Überzeugung, mit solchen Fragen müssten und sollten sich Ärzte erst gar nicht beschäftigen. Das sei die beste Vorbeugung, dachte man. Aber das war ein Schritt in die falsche Richtung. Ja, wir müssen uns nicht nur für künftige Pandemien besser aufstellen, wie wir es mit dem neuen Infektionsschutzgesetz getan haben. Wir müssen uns auch für große Katastrophen und eventuelle militärische Konflikte besser aufstellen.“<sup>6</sup> Also alle raus zum 1. Mai!!!

Gegen das 2. Narrativ „Der Russe ist böse“ müssen wir am **8. Mai** aktiv werden und offensiv gegen Russophobie auftreten! Sich nicht mundtot machen lassen, obwohl dazu von der Staatsgewalt alles unternommen wird: die Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht hinnehmen, die mittlerweile Strafverfolgung nach sich ziehen kann (Stichwort: Russische Propaganda, die den inneren Frieden gefährdet) oder der Vorwurf „Antisemitismus“, wenn man sich gegen Israels Politik in Gaza zu Wort meldet, was zu Verbot von Versammlungen, politischem Betätigungsverbot u.s.f. führen kann (Stichwort Palästina-Kongress in Berlin)<sup>7</sup>

John Mearsheimer hat an der Militärakademie West Point studiert, war 5 Jahre Offizier der US-Luftwaffe, ist mit Sicherheit kein Putinfreund. Er sagte nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, dass das Verhalten Russlands nicht imperialistisch sei, da es Russland nicht um die Vergrößerung des Territoriums gehe.

Er äußerte in einem Telefongespräch für den New Yorker, dass die USA die Geschichte erfand, „Russland sei auf Aggression in Osteuropa aus, dass Putin daran interessiert sei, ein größeres Russland zu schaffen oder vielleicht sogar die Sowjetunion neu zu erschaffen“,<sup>8</sup> und vor zwei Wochen sagte er in einem Video der Zeitschrift International: „Wir sollten Russland nicht weiter provozieren, denn die Tatsache ist, dass trotz aller Rhetorik über die russische Bedrohung im Westen jetzt Russland keine Bedrohung darstellt, die ganze Ukraine zu erobern, geschweige denn Länder in Osteuropa. Sie werden das nicht tun. Putin hat nie ein Interesse gezeigt, irgendein Land zu erobern, auch nicht die Ukraine. Wir sollten das erkennen und unsere Politik radikal ändern. Denn es liegt nicht nur im Interesse der Ukraine - was äußerst wichtig ist -, sondern auch im Interesse West- und Osteuropas. Die derzeitige Situation fortzusetzen, wird mit der Zeit für ganz Europa verheerend sein. Sie (West- und Osteuropa) haben ein tiefverwurzeltes Interesse meiner Meinung nach, sich in eine völlig andere Richtung zu bewegen, eine 180° Wende zu machen. Aber ... die Chancen, dass dies passiert, sind wahrscheinlich null. Also können wir diesen Rat geben, aber es scheint, dass niemand zuhört.“<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> <https://www.nordkurier.de/regional/uckermark/zivilschutz-an-schulen-unverkrampftes-verhaeltnis-zu-soldaten-entwickeln-2421152>

<sup>6</sup> <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/interviews/interview/noz-02-03-24>

<sup>7</sup> <https://friedensratschlag.de/erklaerung-zum-verbot-des-palaestina-kongresses/>

<sup>8</sup> <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/why-john-mearsheimer-blames-the-us-for-the-crisis-in-ukraine>

<sup>9</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Daks1jL5m4E>

Nutzen wir also den 8. Mai. Erinnern wir an den 2. Weltkrieg, erinnern wir daran, von wem er ausging und wer uns befreit hat vom Faschismus. Das war vor allem die Rote Armee. Lassen wir nicht zu, dass die Geschichte im Nachhinein umgedeutet wird!

Gegen das 3. Narrativ bietet sich der **8. Juni**, der Tag der Bundeswehr an, der zugleich der Vorabend der EU-Wahl ist.

Die EU ist keine Friedensmacht, sondern will militärische Großmacht werden und Deutschland will die Führung übernehmen. Den Tag der Bundeswehr können wir als dezentralen Aktionstag nutzen gegen diese Pläne.

Es können Feste „besucht“ werden. In 10 Standorten überall in der Republik. Zu finden auf der Bundeswehrseite.<sup>10</sup> In Städten, wo keine Feste stattfinden, kann man die Rekrutierungsbüros besuchen, belagern o.ä. Die gibt es in vielen Städten.<sup>11</sup>

Die EU will bis Mitte des Jahrhunderts zur militärischen Weltmacht werden. Darauf arbeitet sie momentan hin. Die französisch-deutschen Ambitionen FCAS (Future Combat Air Systems – System der Systeme) in der Luft, das 1.100 bis 2.000 Milliarden Dollar kosten soll (eine Zahl, die ich mir gar nicht vorstellen kann) und sein kleinerer Bruder auf dem Boden MGCS (Main Ground Combat Systems), sollen dafür das europäische Rückgrat bilden.

Es wird darüber hinaus über eine europäische Atombombe nachgedacht!

Die grundsätzliche Militarisierung hat bereits begonnen.

Noch könnte man dieses Wahnsinns-Ansinnen stoppen: Darum sollten wir die Gelegenheit nutzen, um darüber zu informieren und zu agitieren.

Noch ein paar Daten, die sich für Friedensaktionen eignen:

Am **23. Mai** feiert das GG seinen 75. Geburtstag, ein idealer Tag, um massiv gegen seine Aushöhlung zu protestieren und die Meinungsfreiheit zu verteidigen.

**Vom 15.-30. Mai** ist die Bundeswehr mit Grand Quadriga beim bereits seit Februar laufenden Großmanöver der NATO Defender 2024 an der Ostflanke verstärkt am Start: Aktionen an der Strecke sind sicher eher schwierig, weil Transporte und -routen nicht frühzeitig angekündigt werden. Wo sie aber bekannt sind, ist ziviler Ungehorsam an der Strecke äußerst wünschenswert.<sup>12</sup> Und wo nicht, sind Informationsaktionen darüber, wie saugefährlich und provokant diese Manöver sind und dass sie Öl ins Feuer gießen, dringend nötig.

## **1. September**

Es sollten möglichst viele bunte dezentrale Straßenaktionen stattfinden – man muss die Gewerkchaften erneut in die Pflicht nehmen, schließlich war das mal ein gewerkschaftlicher Antikriegs-Aktionstag!

Der Wunsch, eine zentrale Kundgebung/Demonstration auch in diesem Jahr durchzuführen, ist groß. Ob wir eine wirklich große Mobilisierungsfähigkeit besitzen, werden Weltlage und politische Realität in unserem Land zeigen. Ein geeignetes Datum wäre der 3. Oktober. Evtl. wird uns aber auch die politische Lage zu einer früheren Aktion zwingen. Nichts ist momentan vorhersehbar. Darüber sollten wir uns austauschen. Ich danke für eure Aufmerksamkeit. Es gibt viel zu tun!!

---

<sup>10</sup> <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/aktuelles/tag-der-bundeswehr-2024-5712842>

<sup>11</sup> <https://www.bundeswehrkarriere.de/jobs/standorte>

<sup>12</sup> <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/quadriga-2024-nato-landstreitkraefte-ueben-buendnisfall>